

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Berivan Aslan (GRÜNE) und Jaafar Bambouk, MA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte (GBI)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Integrationsgrundsicherung für Chancengerechtigkeit

Integrationsleistungen wie niederschwellige Deutschkurse, Basisorientierung sowie psychosoziale Beratung für Personen in besonders vulnerablen Situationen gehören seit Jahren zu den wirksamsten und kosteneffizientesten Instrumenten der Integrationspolitik. Zahlreiche nationale und internationale Analysen – darunter Berichte der OECD oder Studien des WIFO – zeigen, dass frühe sprachliche und psychosoziale Unterstützung die gesellschaftliche Teilhabe stärkt, Abhängigkeit von Sozialleistungen reduziert und mittel- bis langfristig beträchtliche öffentliche Kosten einspart.

Gerade für Frauen, junge Menschen und Familien mit Flucht- oder Migrationserfahrung stellen diese Angebote oft die einzige niederschwellige Möglichkeit dar, Zugang zu Bildung, Beratung und Stabilisierung zu erhalten. Die Basisangebote wirken besonders präventiv:

- Sie verhindern Integrationsabbrüche, senken das Risiko von Isolation und Arbeitslosigkeit und tragen nachweislich zur Verbesserung der psychischen Gesundheit bei.
- Zielgruppenspezifische Integrationsmaßnahmen sind volkswirtschaftlich effizient und vermeiden spätere teure Interventionskosten.

Das belegt der österreichische Integrationsfonds (ÖIF) auch in seiner Studie:
<https://www.integrationsfonds.at/newsbeitrag/rasche-erwerbsbeteiligung-als-schluessel-zu-ausgeglichenen-kosten-bei-der-integration-von-fluechtlingen-und-vertriebenen-in-oesterreich-1-19215/>

Die aktuelle Situation, in der vor allem im Sozial- und Integrationsbereich erhebliche Kürzungen vorgenommen werden, gefährdet genau jene essenziellen Angebote, die Wien historisch zu einem erfolgreichen Modell für soziale Integration gemacht haben.

Ein Wegfall dieser Basisleistungen würde besonders Frauen, Jugendliche und Alleinerziehende treffen, vulnerable Gruppen - also jene Gruppen, die bereits heute überdurchschnittlich stark von Armut, Unsicherheit und fehlenden Bildungschancen betroffen sind.

Eine sogenannte "Integrationsgrundsicherung" stellt daher kein Ausbauprogramm dar, sondern eine minimal notwendige Integrationsgarantie, um drohenden sozialen Folgekosten vorzubeugen, die Funktionsfähigkeit bewährter Strukturen zu erhalten und die Handlungsfähigkeit der Stadt weiter zu gewährleisten.

Sie schafft Planungssicherheit für Trägerorganisationen, schützt zentrale Angebote vor abrupten Finanzierungslücken und ermöglicht der Stadtregierung, trotz schwieriger Budgetlagen integrative Stabilität sicherzustellen.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführenden Stadträt:innen für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte, sowie für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, und für Soziales, Gesundheit und Sport, eine sogenannte "Integrationsgrundsicherung" sowie eine Basisversorgung für den Integrationsbereich einzuführen, die sicherstellen, dass zentrale und nachweislich wirksame Integrationsleistungen – insbesondere Deutschkurse bis zum Niveau A2, grundlegende Orientierungsangebote sowie psychosoziale Beratung für Frauen und junge Menschen – auch in Zeiten budgetärer Kürzungen verlässlich abgesichert bleiben.

Durch die Sicherung dieser minimalen, aber entscheidenden Basisversorgung soll verhindert werden, dass Integrationsabbrüche, soziale Folgekosten und der Verlust bewährter Strukturen auftreten. Es sollen die bestehenden Kernangebote langfristig garantiert und deren Finanzierung so ausgestaltet werden, dass besonders vulnerable Gruppen weiterhin niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützung erhalten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 17.12.2025

